

Die Integrationsförderung der Stadt Zürich (IF) informiert seit dem Mai 2007 mit ihrem Newsletter über integrationspolitische Entwicklungen, über neuere Studien und Publikationen sowie über die eigene Tätigkeit. Der Newsletter erscheint etwa alle sechs bis acht Wochen. Er kann via die Website der IF bestellt werden.

Newsletter der Integrationsförderung

Nr. 2 / März 2011

Gegen Diskriminierung: Austauschtreffen am 29. März 2011

Mit dem Rassismusbericht 2009 hat die Stadt erstmals eine Situationseinschätzung vorgenommen und Massnahmen vorgeschlagen. Was hat sich seit 2009 verändert? Wie zeigt sich die Situation heute? Die mit der Koordination der städtischen Massnahmen betraute verwaltungsinterne Arbeitsgruppe lädt Organisationen aus der Zivilgesellschaft zu einem [Austauschtreffen](#) ein. Prof. Matthias Mahlmann von der Universität Zürich wird mit seinem Referat «Die Realität der Diskriminierung – Vermutungen und Fakten: Deutschland im Vergleich» einen Input aus der Forschung liefern.

Strategien Zürich 2025

Der Stadtrat hat die «[Strategien Zürich 2025](#)» aktualisiert. Er zeigt auf, wie er die Herausforderungen angeht, die aus den Fragestellungen «Wovon leben wir heute und morgen?», «Wie leben wir?» und «Wie organisieren wir uns?» ergeben. Zwei der 18 aufgeführten Themenfelder sind direkt integrationspolitisch bedeutsam: die Förderung einer weltoffenen und internationalen Grundhaltung bzw. des guten Zusammenlebens.

Willkommenskultur

Willkommenskultur ist neben der Chancengleichheit und der Befähigung zur Eigenverantwortung seit einigen Jahren einer der drei Orientierungspunkte der Stadtzürcher Integrationspolitik. Auf der Website der Integrationsförderung ist ein [Artikel](#) aufgeschaltet, in welchem inhaltliche Überlegungen zu einer kommunalen Willkommenskultur beschrieben sind und der gekürzt im Stadtblick 23 veröffentlicht werden wird.

Unterstrichen wird die Bedeutung von Willkommenskultur in der von der Bundesagentur für Arbeit herausgegebenen [Publikation](#) «Perspektive 2025 – Fachkräfte für Deutschland». Darin wird aufgezeigt, dass dem drohenden Fachkräftemangel mit Zuzug aus dem Ausland entgegen gewirkt werden kann. Allerdings müsse «die Attraktivität Deutschlands als Einwanderungsland durch die Etablierung einer umfassenden Willkommenskultur erhöht» werden.

AusländerInnen nutzen die Notfallstationen ähnlich wie SchweizerInnen

Die Annahme, dass die «Überbelegung der Notfallstationen» durch AusländerInnen verursacht werde, wurde durch eine Auswertung des Zürcher Stadtsitals Waid widerlegt: zwei Drittel der PatientInnen sind SchweizerInnen, und über 80 Prozent haben einen Hausarzt. Die direkte Nutzung der Spitäler erklärt sich nach Ansicht der Fachleute insbesondere durch die nicht nötige Voranmeldung.

Gegen Diskriminierung: Tagungsergebnisse und ein internationaler Vergleich

Die Konferenz der Schweizerischen Fachstellen für Integration (KOFI) ging an einer **Tagung** der Frage nach, welche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Diskriminierungsbekämpfung nötig sind. Die ausführliche Tagungsdokumentation und die Ergebnisse der Workshops können von der [Website](#) der KOFI heruntergeladen werden.

Der seit 2004 alle zwei Jahre erstellte Migrant Integration Policy Index (MIPEX) stellt der Schweiz in Sachen Diskriminierungsschutz weiterhin schlechte Noten aus. Gemäss MIPEX sind in der schweizerischen Integrationspolitik seit 2007 keine markanten Verbesserungen festzustellen. Zudem ist die Schweiz in Sachen Diskriminierungsschutz auf den **letzten Platz** abgerutscht. Die detaillierten MIPEX-Daten finden sich [hier](#).

Nationale Massnahmen und Präventionsarbeiten

Der Bundesrat hat die dritte Berichterstattung zur Umsetzung des **Massnahmenpakets Integration** zur Kenntnis genommen. Der per Ende 2010 erstellte [Bericht](#) gibt Auskunft über die Entwicklung aller 46 Einzelmassnahmen der Bundesverwaltung.

Die [Tabakpräventionskampagne](#) «**Smoke free**» des Bundesamts für Gesundheit ist in verschiedene Sprachen übersetzt. Materialien sind unter anderem erhältlich auf Albanisch, Englisch, Portugiesisch, Spanisch, Serbisch-Kroatisch-Bosnisch und Türkisch.

Die neu aufgelegte [Broschüre](#) «**Weibliche Genitalbeschneidung**» enthält die wichtigsten Informationen zu den gesundheitlichen Risiken und zur gesetzlichen Lage in der Schweiz sowie Hinweise und wichtige Adressen für betroffene Frauen. Sie ist erhältlich auf D / F / E sowie Arabisch, Amharisch, Somali und neu auf Tigrinya.

Das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) hat mit der Online-Plattform www.baloti.ch ein mit weiteren Partnern erarbeitetes Projekt lanciert, innerhalb dessen sich MigrantInnen parallel zu real stattfindenden **Abstimmungen** informieren und «mitstimmen» können. Erste Ergebnisse zu Projekterkenntnissen werden Ende 2011 veröffentlicht.

Unicef-Studie: Vom Kinderschutz zum Kinderrechtsstaat

Das bestehende Kinderschutzsystem in der Schweiz reicht nicht aus, um vulnerable Kinder in unserem Land zu schützen. Zu diesem Schluss kommt eine im Auftrag von UNICEF Schweiz durchgeführte [Studie](#): Nur durch die Etablierung eines Kinderrechtssystems kann ein umfassender Kinderschutz gewährleistet werden. Die Studie enthält neben einer Analyse der gesetzlichen Rahmenbedingungen auch Handlungsempfehlungen für Gesetzgebung, Politik und Praxis und zeigt bestehende Praxisbeispiele auf.

Fakten und Meinungen aus Deutschland

Wissenschaftler der Berliner Humboldt-Universität haben Thilo Sarrazins kontroverse Thesen zu Muslimen in Deutschland mit Erkenntnissen aus der Forschung überprüft. Sie kommen zu gegenteiligen [Ergebnissen](#). Dass die Debatte der Integration schadet, belegt eine aktuelle [Befragung](#) in den alten Bundesländern. Bewerteten 2009 noch 21,7 % der Zuwanderer das Zusammenleben von Mehrheitsbevölkerung und Zuwanderern uneingeschränkt positiv, waren im Ende 2010 nur noch 9,1 % dieser Meinung. In der Mehrheitsbevölkerung nahm die Einschätzung eines uneingeschränkt positiven Zusammenlebens ebenfalls ab – von 10,7 % im Jahr 2009 auf 4,3 % im Jahr 2010.